

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 45 (1953)
Heft: 6

Artikel: Die rumänischen Werktätigen im fünften Jahr der Volksrepublik
Autor: Thoma, Valentin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353592>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sammenarbeit zwischen den Völkern der Sowjetunion zu festigen». So werden auch die Gewerkschaften in den Dienst der Propaganda des «Sowjetpatriotismus» eingegliedert, der den sowjetischen Imperialismus verschleiert. Der Schutz der Interessen der arbeitenden Bevölkerung obliegt nicht mehr den Gewerkschaften, denn nach dem Statut schützt *der Staat* innerhalb der sowjetischen Sozialordnung die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Ganz am Schlusse des Statuts steht der Satz: «Sie (die Gewerkschaften) sollen im Namen der Arbeiter und Angestellten mit Regierungsstellen und Sozialeinrichtungen in allen die Arbeit, Kultur und das tägliche Leben der Werktätigen betreffenden Fragen verhandeln.» Nachdem Löhne und Arbeitsbedingungen von der Regierung festgesetzt werden, ist dieser Schlußsatz des Statuts reinste Augenwischerei.

Die Gewerkschaften sind zu einem Werkzeug der russischen Bürokratie, die die Diktatur über die Werktätigen ausübt, degradiert worden. Sie sind *keine* Gewerkschaften. Die Sowjets mißbrauchen diesen Terminus, ebenso wie sie die Termini Marxismus, Demokratie usw. mißbrauchen. Denn «Gewerkschaften sind», wie *Paul Umbreit*, seinerzeit der beste Kenner der deutschen Gewerkschaftsbewegung in «Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, Berlin 1917» schrieb, «*Organisationen der Arbeiterklasse zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber Arbeitgebern, Staat und Gesetzgebung*».

Dr. M. Bardach.

Die rumänischen Werktätigen im fünften Jahr der Volksrepublik

Die Volksrepublik Rumänien ist heute neben Bulgarien das Land, in dem die Angleichung an die sowjetischen Lebensverhältnisse am weitesten fortgeschritten ist. Rumänien war früher ein Agrarland, das nur in den «neuen Provinzen» einige hochentwickelte Industrien besaß. Heute hat es in stürmischem Tempo die Industrialisierung vorangetrieben und sich bereits im ersten Jahr des Fünfjahresplanes das Ziel gesetzt, die Zahl der Lohnempfänger auf drei Millionen zu steigern, wobei die 200 000 bis 300 000 KZ-Häftlinge nicht eingerechnet sind.

Die Zahl der Lohnempfänger steigt in 5 Jahren um 93,3 Prozent

Nach offiziellen Statistiken betrug Ende 1952 die Zahl der Lohnempfänger in Rumänien 2,5 Millionen. Gegenüber 1948 (dem Gründungsjahr der Volksrepublik) ist damit eine Steigerung von 1,2 Mil-

lionen oder 93,3 Prozent eingetreten. Allein im vergangenen Jahr betrug die Zunahme 210 000, von denen 65 Prozent als Arbeiter eingesetzt wurden, während der Rest auf Beamte, Techniker und Mitglieder der Polizeiverbände entfällt. Von den 1952 in die Produktion eingetretenen 137 000 neuen Arbeitern wurden nur 79 600 in der Industrie, der Rest jedoch auf den Großbaustellen des Landes eingesetzt. Woher kamen nun diese neuen Arbeitskräfte? Sie rekrutieren sich einmal aus den großen demographischen Reserven des Dorfes (Jungbauern und frühere Landwirte, die durch das lockende Angebot eines festen Arbeitsplatzes in Industrie und Bauwesen angezogen wurden) und den verelendeten Mittelschichten, die durch die kommunistische Steuerpolitik deklassiert wurden. Ein großer Prozentsatz kommt aus den Reihen der weiblichen Bevölkerung, die durch die schweren Lebensverhältnisse, die es heute dem Mann unmöglich machen, als alleinigem Ernährer der Familie deren Lebensunterhalt zu bestreiten, in den Arbeitsprozeß gezwungen wurden. Einen weiteren Teil stellt die Jugend zwischen 14 und 18 Jahren, die meist aus den Absolventen der Lehrlingsschulen der sogenannten «Arbeitsreserven» besteht, in die sie mit «sanftem Druck» gepreßt worden waren. Eine begrenzte Gruppe schließlich wird aus den früheren Beamten der unteren Kategorien gebildet, die in ihrer Mehrheit als politisch unzuverlässig betrachtet wurden und die man in die Produktion zwang.

Frauenarbeit in Bergbau und Metallindustrie

Bei den zahlreichen Plänen für die Vergrößerung der Industriekapazität des Landes war die Steigerung der Lohnempfängerzahl eine Maßnahme, die der KP-Regierung als wichtigste Aufgabe zufiel. Es ist verständlich, daß der ungeheure prozentuale Anstieg nur durch entsprechende Zwangsmaßnahmen, wenn auch teilweise unter einem Mäntelchen versteckt, erreicht werden konnte. Daneben wurden natürlich auch alle Mittel der Verlockung, besonders bei den Frauen, eingesetzt, um die notwendigen Arbeitskräfte zu mobilisieren. Der Einsatz der Frauen blieb dabei keineswegs auf die sonst üblichen Berufe beschränkt, sondern erstreckt sich heute in Rumänien wie schon längst in Rußland und seit einiger Zeit auch in fast allen Satellitenstaaten auf praktisch alle Berufe einschließlich des Kohlenbergbaus, der Petroleum- und Metallindustrie usw., Arbeitsgebiete, für die in demokratischen Ländern ein striktes Verbot der Frauenarbeit besteht. Nach offiziellen Statistiken beträgt der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Lohnempfänger mit 610 000 rund 24 Prozent. Von diesen Frauen sind heute über 2000 untermals im Bergbau beschäftigt, was jedoch wenig hervorgehoben wird, im Gegensatz zu der Tatsache, daß 32 Frauen als Betriebsdirektoren tätig sind. Die Frauen in den Bergwerken werden, ebenso wie die

Jugendlichen meist bäuerlichen Ursprungs, in erster Linie dazu eingesetzt, um die alten Schichten der Arbeiter zu zersetzen und ihren Widerstand gegen die sowjetischen Arbeitsmethoden zu brechen. Um den Frauen diese Arbeiten schmackhaft zu machen, werden sie offen begünstigt. So wurden 1952 im Banater Bergwerk «Anina» zum Beispiel die erste Frau zum Steiger ernannt und die erste Bergarbeiter-Stachanovistin bestätigt. In der Oelindustrie des Prahowatals wurde die erste Frau zum Bohrmeister befördert. Im Bukarester Metallbetrieb «Vulcan» erhielten zwei Schweißerinnen den Titel eines «Stachanovisten». Beim Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals bedient seit Ende vergangenen Jahres eine Frau einen dort eingesetzten Großbagger russischen Ursprungs. Hier sind auch im Bauwesen Frauen als Maurer-Bestarbeiter ausgezeichnet worden. Neben den «Beispielen» dieser Frauen kann die ebenfalls 1952 erfolgte Gründung von reinen «Frauenbrigaden» hervorgehoben werden, die vor allem im Bergbau, der Metallurgie usw. verwendet werden. Bezeichnend das Beispiel einer Frauen-Fischerbrigade aus dem Donaudelta (die ausschließlich aus Frauen der russischen Minderheit besteht), die im «sozialistischen Wettbewerb» die «Fahne der Produktion» errang.

Jugendliche als Stoßtrupps gegen die Altarbeiter

Neben den Frauen, denen man die Arbeit in der Industrie schmackhaft zu machen versucht und nach allen Möglichkeiten ausnützt, richtete die Regierung ihr besonderes Augenmerk auf die Jugend. Nach einem Bericht des Generalsekretärs der KP-Jugend besuchen über 90 000 Jugendliche die «Lehrlingsschulen» der 1951 gegründeten «Arbeitsreserven». Von diesen 90 000 wurden im Sommer 1952 bereits 29 000 in den Arbeitsprozeß eingegliedert. Der Einsatz der Jugendbrigaden bestand zunächst in der Spezialaufgabe, die sowjetischen Arbeitsmethoden einzuführen. Er endete jedoch fast ausnahmslos mit einem Mißerfolg, da die Altarbeiter diesen Brigaden jede Unterstützung und Zusammenarbeit verweigerten. Nach diesem mißlungenen Experiment begann im Herbst die Bukarester Regierung die Jugendlichen zu isolieren und ihnen eigene «Arbeiten» zuzuweisen, um eine «Demoralisierung» zu verhindern. So werden sie heute fast vorwiegend beim Bau von Wasserkraftwerken und Aehnlichem eingesetzt.

Niedrige Löhne – keine Begeisterung für «Stachanov»

Trotz dem bereits massiven Einsatz von Frauen und Jugendlichen begegnet die weitere Anwerbung von Arbeitskräften für zahlreiche, schlecht zahlende Industriezweige größten Schwierigkeiten. Der Grund ist größtenteils in der neuen Methode der «sozialistischen

Entlöhnung» zu suchen, durch die die Lohnspanne zwischen Facharbeitern und Hilfskräften weitgehend geöffnet wurde. Nach dem zweiten Währungsschnitt vom Januar 1952 waren die Monatsgrundlöhne der Hilfsarbeiter auf 200 Lei (90 DM) festgesetzt worden. Der Großteil der Facharbeiterlöhne bewegt sich jedoch zwischen 400 und 500 Lei (180 bis 200 DM). Der Lohn der Stachanovisten liegt bei 900 Lei (knapp 400 DM). Einige besonders bevorzugte Kategorien erhalten bis 2000 Lei. Außerhalb der eigentlichen Lohnskala liegen die Gehälter der sowjetischen Direktoren der «Sowroms» (gemischte Gesellschaften), die neben 12 000 Lei noch besondere Vergünstigungen, wie Mietbefreiung, Spezialläden zu niedrigen Preisen und andere, genießen. Dinge, die keiner anderen Kategorie zustehen. Dabei sind die Löhne der einzelnen Industriezweige noch sehr verschieden. So zahlt beispielsweise die Leichtindustrie, Textil-, Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie (alles sogenannte Verbrauchgüterindustrien) die niedrigsten Löhne, die unter den oben angegebenen Sätzen liegen. Zu den «begünstigten» Industriezweigen zählt die Metallurgie, der Bergbau und die Oelindustrie, Industriezweige, wo man mit allen Mitteln einen Zugang an Arbeitskräften erreichen will. So gibt es infolge der ungenügenden Entlöhnung eine starke Abwanderung von Arbeitskräften aus der Leichtindustrie in die Grundindustrie sowie eine Konkurrenz unter den Betriebsleitern, die die Arbeiter aus andern Betrieben mit dem Versprechen höherer Löhne weglocken. Am 21. November 1952 wurde daraufhin ein Gesetz verabschiedet, das dieser Abwanderung einen Riegel vorschiebt und dem Staate ein absolutes Recht einräumt, die Arbeitskräfte nach Bedarf einzusetzen bzw. festzuhalten.

Nach den regierungsamtlichen Statistiken sollen 60 bis 90 Prozent der Lohnempfänger Rumäniens im «sozialistischen Wettbewerb» stehen. Diese Zahlen werden jedoch nicht bestätigt, da nach einer andern Statistik nur 52 Prozent am «Mehreinsatz» beteiligt sind. Fest steht, daß die Produktivität der Arbeit trotz der sozialistischen Wettbewerbe nicht genügend steigt. Nach den offiziellen Daten gibt es in Rumänien 7000 Stachanovisten (0,22 Prozent der Gesamtlohnempfängerzahl) und 65 000 «Bestarbeiter» (2,6 Prozent). Ein sehr mageres Resultat nach über vierjährigen Versuchen, die Arbeiterschaft zu korrumpieren. Die Akkordarbeit dagegen wurde durch die Regierung fast restlos eingeführt, stößt jedoch noch immer auf Widerstand. Nach Angaben des früheren Gewerkschaftspräsidenten arbeiten in der Metallindustrie 76 Prozent im Akkord, in der Leichtindustrie 74,8 Prozent und im Bauwesen 62,4 Prozent. Der Versuch, auf dem Wege des Akkords die Reallöhne zu senken, stieß auf einen zu scharfen Widerstand, um ihn gänzlich durchzusetzen. Im Frühjahr 1952 gab es darüber hinaus eine Reihe begrenzter Zwischenfälle im Bergbau, in der Metallindustrie und bei den Eisenbahnen.

Die «Auchgewerkschaften» und ihre Aufgaben

Die «Gewerkschaften» haben in Rumänien, wie in allen Volkdemokratien, keine andere Aufgabe, als das Polizeisystem des Regimes zu verstärken. Mit den Gewerkschaften des Westens haben sie nur noch den Namen gemein. Die rumänischen Gewerkschaften haben heute 2 200 000 Mitglieder, das heißt, daß nur 300 000 Lohnempfänger nicht organisiert sind. Da man die Art der «Werbung» in totalitären Staaten zur Genüge kennt, kann bei diesen Zahlen höchstens die noch relativ große Gruppe der Nichtorganisierten erstaunen. Seit dem 2. Februar 1952 sind die Gewerkschaften noch stärker an das Staatssystem gebunden und ihnen spezielle Aufgaben zugewiesen worden, die nun mit der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen nicht mehr das geringste zu tun haben. Seit diesem Beschluß sind sie allein für die Hebung der Produktivität, die Senkung der Gestehungskosten (auf Kosten der Löhne) usw. verantwortlich. Die Indifferenz der Arbeiter gegenüber dieser «Organisation» ist sehr groß und wird daraus ersichtlich, daß sich die heutige Tätigkeit der Gewerkschaften auf einen engen Kreis von Aktivisten, Technikern, Instruktoren und Kontrollorganen erstreckt. An den Kongressen der einzelnen Industriegewerkschaften beteiligen sich deshalb als Delegierte ausschließlich Mitglieder der obgenannten Gruppen, während die Abwesenheit des einfachen Arbeiters total ist. Auch in den engeren Betriebsgewerkschaftsgruppen hat der einfache Arbeiter nichts mehr zu suchen. Anlässlich der Wahlen der sogenannten Gewerkschaftsgruppendelegierten der Betriebsgewerkschaften im Sommer 1952, auf die die Gewerkschaft einen nur geringen Druck ausgeübt hatte, wurden von den Arbeitern in der Mehrzahl nicht-stalinistische Vertrauensleute in geheimer Wahl gewählt. Die Reaktion zeigt besser als alles andere das Gesicht dieser «Auchgewerkschaften». Die Wahlen mußten auf Anordnung der Regierung in offener Abstimmung wiederholt werden und hatten dann natürlich den gewünschten Erfolg.

Versicherungswesen im Dienste der Diktatur

Das Versicherungswesen, insbesondere die Krankenversicherung, wurde 1952 zuungunsten der Lohnempfänger «reformiert». Die ursprüngliche Kostenfreiheit für Medikamente wurde für Arbeiter in Hauspflege aufgehoben. Den Betriebsärzten und -ausschüssen wurden scharfe Instruktionen erteilt, nach denen in leichten Erkrankungsfällen Krankenscheine nicht mehr ausgegeben werden dürfen. Um einen Großteil der kranken Arbeiter für die Produktion zu «sichern», wurden in der Nähe großer Werke sogenannte Nachtsanatorien eingerichtet, in denen die Arbeiter, die tagsüber an der Werkbank stehen, sich nachts außerhalb des Familienkreises behandeln lassen

müssen. Der Großteil der hier behandelten Fälle gehört zu den sogenannten «sozialen Krankheiten», wie Tbc, Silikose usw., die in erschreckendem Ausmaße zugenommen haben, Da die Verhütungsmaßnahmen meist nur theoretischer Natur sind und die Werktätigen unter Bedingungen arbeiten müssen, bei denen Unfälle und Erkrankungen als fast normal angesehen werden. Bei dieser Sachlage sind die Krankenhäuser überfüllt, zwei Kranke in einem Bett sind keine Seltenheit, die ärztliche Behandlung infolge der Ueberlastung des Personals ungenügend und fehlerhaft.

Sind die Zustände im Krankenversicherungswesen bereits untragbar, so ist es im Renten- und Pensionswesen nicht viel anders. Die Rentensätze sind derart niedrig angesetzt worden, daß der Lebensunterhalt davon einfach nicht zu bestreiten ist. So sehen sich 70jährige vielfach gezwungen, wieder in den Arbeitsprozeß einzutreten, was nach Lage der Dinge auch das Ziel dieser niedrigen Ansetzung der Altersrenten zu sein scheint. Läßt man doch den «zurückgekehrten Rentner» neben seinem Arbeitslohn die bisherige Rente ungekürzt weiter beziehen, um so auf diese Gruppe eine besondere Werbung ausüben zu können. Solche Fälle findet man heute in Rumänien nicht nur vereinzelt. Selbst im Bergbau und in der Metallindustrie sind Altersrentner erneut in der Produktion eingesetzt.

Niedrige Löhne – horrende Preise

Die Lebenshaltung des rumänischen Werktätigen von heute ist dank der «sozialistischen Entlöhnung» erschreckend niedrig und wird noch durch das Lebensmittel- und Kleiderkartensystem weiter tief gehalten. Dieses System – von geringer Wirksamkeit – baut sich in verschiedenen Kategorien auf. Es ist für den Arbeiter, den Stachanovisten, den Techniker usw. sehr verschieden. Darüber hinaus gibt es Gruppen, die überhaupt keine Karten beziehen, unter andern Arbeiter, die über einen halben Hektar Eigenland besitzen, nicht arbeitende Personen usw. Auf die Lebensmittelkarten gibt es heute, fast acht Jahre nach dem Kriege, täglich 350 bis 550 Gramm Schwarzbrot, 50 Gramm Fleisch, 23 Gramm Zucker und 33 Gramm Oel. Der Rest der Lebensmittel muß auf dem «freien Markt» erworben werden, wo die Preise derart hoch sind, daß ein einfacher Arbeiter hier nur das Notwendigste erstehen kann, kostet doch ein Ei zum Beispiel 2,20 Lei (1 DM). Betrachten wir uns die Preise genauer, so wird die Härte des heutigen Lebens in Rumänien deutlich klar. Nimmt man als Grundlage einen Monatslohn von 400 Lei, von dem rund 60 Lei für Beiträge, Steuern, Zeitungen, «freiwillige Spenden» usw. abgehen, so bleibt ein Reallohn von 340 Lei pro Monat oder 12 Lei täglich bzw. 1,50 Lei (0,67 DM) pro Stunde.

Artikel	Preise: rationiert	Staatsläden	freier Markt
1 kg Schwarzbrot	1	2	5
1 kg Weißbrot	—	5	7
1 Liter Oel	3	11	—
1 kg Rindfleisch	4,80	7,56	—
1 kg Schweinefleisch	5,40	8,36	—
1 kg Fisch	—	6,25	—
1 Liter Milch	—	1,10	—
1 Männerhemd	23,90	32,35	—
1 Paar Herrenschuhe	82,85	150,67	—

Um sich die oben angeführten Artikel kaufen zu können, muß der rumänische Arbeiter folgende Arbeitszeiten aufwenden:

Artikel	rationiert	HO	freier Markt
1 kg Schwarzbrot	40 Min.	1 Std. 20 Min.	3 Std. 15 Min.
1 kg Weißbrot	—	3 » 15 »	4 » 40 »
1 kg Rindfleisch	3 Std. 10 »	5 »	—
1 kg Schweinefleisch	3 » 40 »	5 » 40 »	—
1 kg Fisch	—	4 » 10 »	—
1 Liter Oel	2 »	7 » 20 »	—
1 Liter Milch	—	45 »	—
1 Herrenhemd	2 Tage	2½ Tage	—
1 Paar Herrenschuhe	6½ Tage	12½ »	—

Bei der obigen Aufstellung handelt es sich zum Großteil um Waren, die auf Karten oder in den HOs (Läden der staatlichen Handelsorganisation) gekauft werden. Einige der Lebensmittel, wie Fleisch und Fisch, sind zu den angegebenen Preisen kaum zu haben, sondern nur auf dem nichtkontrollierten «freien Markt» zu Preisen, die zwischen 4- und 5mal höher liegen als die HO-Preise. Auf seine Textilkarte kann ein Arbeiter jährlich zwei Oberhemden oder einen halben Anzug erwerben, die im Durchschnitt eine Lebensdauer von fünf bis sechs Monaten haben. Da infolge der letzten Währungsreform der landwirtschaftliche freie Markt zusammengeschrumpft ist, fehlen gegenwärtig Obst, Gemüse und Kartoffeln fast gänzlich, so daß sich in den Industriezentren regelrechte Spekulationspreise dafür entwickelt haben. Die Regierung versuchte, durch sogenannte «Hilfswirtschaften» die Lage zu steuern, deren Erträgnisse kommen jedoch nur den Großbetrieben zugute. Trotzdem können auch diese Betriebe nur einmal täglich gegen 2 bis 4 Lei ein äußerst schlechtes Kantinenessen liefern. Die Ernährungskrise hat sich zu Ende des vergangenen Jahres so zugespitzt, daß sich die Regierung sogar zu einem Wechsel in ihren Reihen bequemen mußte, ohne daß jedoch spätere Maßnahmen die Winterversorgung sichern konnten. Neben dem Lebensmittelmangel herrscht Mangel an Elektrizität und Heizmitteln. Um diese Tatsache zu verschleiern, hatte die Regierung bereits im Herbst angeordnet, daß die Zuteilungen zum voraus bezahlt werden müssen, anstatt, wie früher, nach Erhalt. Es ist verständlich,

daß sich nur ein Teil der Arbeiterschaft dazu in der Lage sah. Um diesen Kreis noch weiter einzuengen, erließ die Regierung gleichzeitig eine Verordnung, daß die Löhne in Zukunft nur einmal monatlich bezahlt werden dürfen. Faßt man die heutigen Lebensverhältnisse in Rumänien zusammen, so zeigt sich, daß sie das Ergebnis der von der KOMINKOM ausgearbeiteten Industrialisierungspläne für die Wehrwirtschaft sind, die von den Werktätigen mit Entbehrung und Verelendung bezahlt werden.

Valentin Thoma

Buchbesprechungen

Gesellschaft am Fließband. Von Peter F. Drucker. Verlag Frankfurter-Hefte.

Der Titel ist originell, und man ist gespannt darauf, zu erfahren, was für eine Gesellschaft das Fließband als Endergebnis abliefern soll. Der Verfasser entpuppt sich als ein richtiger Amerikaner; er will als Endergebnis eine freie industrielle Gesellschaft, basierend auf autonomen Unternehmungen und autonomen Betriebsgemeinschaften — also nicht Staatsbetrieben. Diese freie Gesellschaft entspricht also weder der kapitalistischen noch der sozialistischen Wirtschaftsordnung; sie soll eine wahrhaft neue Gesellschaft sein, in welcher jedermann zufrieden leben kann. Die heutige amerikanische Gesellschaft soll nach der Meinung des Autors von diesem Ideal nicht mehr weit entfernt sein, jedenfalls nicht, wenn man sie nach den tatsächlich vorhandenen Institutionen und Praktiken beurteile; es brauche zum Ausbau nur noch eine neue Denkungsart, neuen Glauben und neuen Geist; es brauche keine «Sozialingenieure», nur Mut und entschlossene Führer sowohl auf der Unternehmer- wie auf der Gewerkschaftsseite.

Wie gesagt, es spricht ein Amerikaner; aber die Darstellung ist nicht unsympathisch, und wenn wir auch in Europa ein etwas anderes Fließband in der Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft haben, regt das Buch und besonders das Kapitel «Die Zwickmühle der Gewerkschaften» zu mancherlei Ueberlegungen an.

Dr. A. B.

Dr. Hans Christen. Theoretische Betrachtungen zur schweizerischen Kriegswirtschaftspolitik. Verlag A. Francke AG., Bern. 1952.

Die Arbeit hält nicht ganz, was man dem Titel nach erwarten dürfte. Denn statt der «theoretischen Betrachtungen» enthält sie eine Zusammenstellung der bedeutendsten theoretischen Beiträge zur schweizerischen Kriegswirtschaftspolitik nach einzelnen Wirtschaftsgebieten. Der eigentliche konstruktive Beitrag des Verfassers beschränkt sich im wesentlichen auf einige zustimmende oder ablehnende Äußerungen zu einzelnen Auffassungen sowie auf wenige Schlußfolgerungen am Ende eines jeden Abschnittes, die mehrheitlich sich entweder resümierend auf vorgängig angeführte Lehrmeinungen stützen oder die — wenn auch unbewußt — aus den Erfahrungen der vergangenen Kriegswirtschaftsperiode abgeleitet sind.

Aber die Arbeit ist insofern wertvoll, als sie dem wirtschaftspolitisch Interessierten in verständlicher Darstellung und Formulierung einen Ueberblick über die mit der schweizerischen Kriegswirtschaftspolitik verbundene wirtschaftstheoretische Problematik vermittelt und in geschickter Regie die verschiedenen Auffassungen und Begründungen in der Folge der aufgeworfenen Fragen einander gegenüberstellt.

Da der Verfasser sich im wesentlichen auf die Regie und die Buchbearbeitung des dargebotenen wirtschaftstheoretischen Disputs beschränkt, sind in materieller Hinsicht die Möglichkeiten einer kritischen Auseinandersetzung gering. *F. M.*